

## Editorial

Der politisch-ökonomisch herrschende Block, aktuell vertreten durch die Koalition aus CDU/CSU und SPD, versucht, sich schwieriger gewordenen Wettbewerbsbedingungen für den exportorientierten Industriestandort Deutschland anzupassen. Dabei wird das Verhältnis von Staat und Kapital neu justiert. In Heft 142 hatten wir festgestellt, dass dazu Aufrüstung, Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und ein verstärkter Autoritarismus als Ausweg gewählt wurden. Zentrale Elemente sind eine umfassende staatliche Industriepolitik, staatliche Zentralisierung, Demokratieabbau, Begrenzung des Sozialstaats und in der Folge auch des Sozial korporatismus. Hier zeigt sich, dass neoliberale Politik und starker intervenierender Staat keine Gegensätze sein müssen. Das erfordert sogar mehr als bisher einen starken Staat, der als Regulator von Marktprozessen agiert, dem Privatkapital optimale Bedingungen sichert und dieses vor globalen Risiken und demokratischen und sozialen »Zumutungen« schützt.

*Frank Deppe* weist in seinem einleitenden Beitrag darauf hin, dass die schon länger schwelende Krise der neoliberalen Weltordnung in den letzten Jahren verbunden war mit einer Aufwertung des Nationalstaats. Indem er die Herausbildung des Neoliberalismus seit den 1970er Jahren bis hin zum »Niedergang der neoliberalen Ordnung in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09« nachzeichnet und dabei deren Verlust an »demokratischer Legitimation« konstatiert, verweist er auf den wachsenden Stellenwert staatlicher Interventionen.

Die Merz/Klingbeil-Regierung startete mit einem gewaltigen rüstungsorientierten Schuldenprogramm und setzt auf staatliche Industriepolitik. *Jörg Goldberg* diskutiert die Frage, ob diese Art von Etatismus das Ende des Neoliberalismus bedeutet. Im Kontext einer Analyse neoliberaler Theorien und Praktiken zeigt er, dass Neoliberalismus und Etatismus kein Gegensatz sein müssen.

Dass kapitalistisch-staatliche Interventionen auch irrationale Elemente enthalten können, zeigt *Andras Fisahn*, der den gegenwärtigen Kapitalismus als »Vampirkapitalismus« skizziert. Dieser nähre sich aus seiner Umwelt und zerstöre dabei zugleich deren Grundlagen – und damit letztlich sich selbst. Aktuell werde dementsprechend die Bearbeitung ökologischer Krisen zugunsten einer neuen Phase der Militarisierung zurückgestellt.

*André Leisewitz* gibt eine Übersicht zur Entwicklung der Staatsausgaben in Deutschland bis 2020. Der größte Teil der Staatsausgaben fließt heute in für die Gesamtproduktion der Gesellschaft relevante Bereiche (wirtschaftliche Entwicklung, Bildung/Wissenschaft, Sozial- und Gesundheitswesen inkl. Sozialversicherung), wobei aktuell die Militär- und Rüstungsausgaben einen massiven Schub erhalten. Der Regulierung sozialer und Klassenbeziehungen kommt besondere Bedeutung zu. Der Staat sei heute nicht einfach »Interventionsstaat«, sondern integraler Bestandteil des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Den staatlichen Aktivitäten im Bildungssektor widmet sich *Dominik Feldmann*, wobei er die Finanz- und Personalentwicklungen an Schulen und Hochschulen seit den 1950er Jahren in den Blick nimmt. Die Daten zeigen weder eine kontinuierliche Expansion des Bildungssystems noch einen systematischen Rückbau. Dieser könnte jedoch im Kontext der aktuellen Aufrüstungspolitik bevorstehen.

Die Online-Präsentation dieses Hefts findet am Sonntag, 21. September ab 20:00 Uhr auf dem Kanal von 99 ZU EINS statt. Zugang über unsere Social-Media-Seiten und zeitschrift-marxistische-erneuerung.de sowie auf youtube.com/c/99ZUEINS

Staatliche Subventionen als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument haben in den vergangenen Jahren beträchtlich an Bedeutung gewonnen. *Jule Kettelhoit* untersucht diesen Prozess bezogen auf die Jahre der Ampel-Koalition von 2021 bis 2023. Sie zeigt, dass und wie der Staat in bisher nicht gekanntem Umfang seine Interventionsmöglichkeiten ausgebaut hat, um zentrale Bereiche der Wirtschaft – vor allem die Exportindustrie – zu stützen und die Wettbewerbsfähigkeit des bundesdeutschen Kapitalismus zu sichern. Die Daten zeigen eine Konzentration auf kapitalkräftige Unternehmen und strukturkonservative Branchen, während zugleich strukturell bedingte soziale und ökologische Kosten externalisiert werden.

\*\*\*

*Gewerkschaften und soziale Bewegungen:* Die kontinuierliche Analyse von Arbeitskämpfen im Rahmen des »Streikmonitors« setzen *Sebastian Liegl* und *Juri Kilroy* in diesem Heft fort mit einem Überblick über die Arbeitskonflikte im Jahr 2024. Die seit dem Pandemiejahr 2020 erkennbare Tendenz, dass Arbeitskämpfe häufiger auftreten und härter ausgefochten werden, hat sich fortgesetzt. Beschäftigte und Gewerkschaften mussten sich zunehmend zur Wehr setzen gegen Standortschließungen und -verlagerungen und massiven Stellenabbau.

Die Z-Redaktionsmitglieder *John Lütten* und *Gerd Wiegel* analysieren in einem Gespräch mit dem Gewerkschafter *Lukas Hezel* Veränderungen im Bewusstsein von Beschäftigten der Automobilindustrie im Kontext von Krise und Transformation der Branche. Neben dem Verlust von Einkommen und Arbeitsplätzen spielt für die Betroffenen auch der damit verbundene Statusverlust eine Rolle, den die Rechten innerhalb und außerhalb der Betriebe zu nutzen versuchen. Demgegenüber müssten sich die gewerkschaftlichen Kräfte in den Betrieben solidarisch und konfliktbereit den Problemen stellen.

\*\*\*

*Demokratie – Engagement gegen Rechts:* Angesichts der Machtübernahme durch Donald Trump fragt *Andreas Wehr*: Sind die USA noch eine Demokratie? In der Studie von *Stephan Bierling* »Die Unvereinigten Staaten« findet er zahlreiche Argumente, die das Fehlen von Demokratie und die uneingeschränkte Macht des Kapitals belegen.

*Manfred Weißbecker*, renommierter DDR-Faschismusforscher, nutzt eine Buchbesprechung über den Zusammenhang von Faschismus, Rassenstaat und

Siedlungskrieg für weitergehende Überlegungen. Er stellt heraus, dass es bei allen Feinheiten, etwa dem Betonieren kleinbürgerlicher Elemente oder des Kampfes um »Lebensraum«, doch letztlich um ein deutsches Elitenprojekt ging: Um die Vorherrschaft in Europa und um Profitmaximierung, auch über Leichen hinweg.

In seiner Replik auf den Beitrag von Hans-Hennig Adler in Z 142 argumentiert Nico Biver, dass die Abstimmung des BSW mit CDU/CSU, FDP und AfD zum »Zustrombegrenzungsgesetz« nicht nur, wie von Adler angenommen, ein »entscheidender Fehler« oder Folge schlechter Beratung gewesen sei, sondern integraler Teil von Programmatik und Politik des BSW. Anhand von Wahlanalysen wertet Biver das Agieren des BSW in der Migrationsfrage als Ausdruck eines – vergeblichen – Versuchs, durch Übernahme von AfD-Positionen potenzielle Wähler:innen dieser Partei für das BSW zu gewinnen.

Der Profi-Fußball ist ein Zweig der Unterhaltungsindustrie und damit Teil der kapitalistischen Wirtschaft. Allerdings unterliegt er Sonderbedingungen, die ihn vom kapitalistischen »Normalbetrieb« unterscheiden. Rainer Bohn prüft, inwieweit das Marxsche Verständnis kapitalistischer Warenproduktion auf den Profi-Fußball anwendbar ist und wie die Vermehrung von Kapital hier funktioniert.

Den Zusammenhang von ökologischer Krise und Klassenfrage diskutiert Lea Rahman anhand einschlägiger Studien, die das Bewusstsein für ökologische Krisen als Kriterium für Klassenzugehörigkeit definieren. Rahmann teilt die These, dass ökologische Kämpfe auch als Klassenkämpfe zu verstehen seien und plädiert für eine marxistische Klassenanalyse, die ökologische Prozesse integriert.

*Vorschau:* Z 144 (Dezember 2025) befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Thema »Jugend: Soziale Lage, Bewusstsein, Politik«.

## Impressum

»Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

*Redaktionsbeirat:* Joachim Becker, Joachim Bischoff, Ulrich Brinkmann, Frank Deppe, Klaus Dräger, Andreas Fisahn, Jürgen Leibiger, Nicole Mayer-Ahuja, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Michael Schwan, Conny Weißbach.

*Redaktion:* Stefan Bollinger, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, Maren Hassan-Beik, Jule Kettelhoit, André Leisewitz, Kim Lucht, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers/der Verfasserin, nicht unbedingt die der Herausgeber:innen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Abonnementpreis (vier Hefte): Euro 38,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 46,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studierende u. a., gegen Nachweis) Euro 30,-, Ausland Euro 38,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

*Bankverbindung:* Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95. *Postanschrift von Redaktion und Vertrieb:* Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de. *Druck:* Beltz Bad Langensalza GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 30.07.2025